

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Pflicht zur Stilllegung von 4 Prozent der Agrarflächen ab 2024 dauerhaft aussetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich in Brüssel für die Aussetzung der Stilllegung von 4 Prozent der Agrarflächen (GLÖZ 8) im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) über das laufende Jahr 2023 hinaus einzusetzen.

Berlin, den 28. März 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

Begründung

Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat die europäische Ordnung langfristig verändert und stellt die europäischen Staaten und auch die Landwirtschaft vor neue Herausforderungen. Die Sicherstellung der Welternährung und die politische Verantwortung für eine erschwingliche und gesunde Ernährung unserer Bürgerinnen und Bürger einer jeden Einkommensschicht erfordern ein Neudenken der Agrarpolitik in Deutschland und Europa. In Zeiten von hoher Inflation und immer weiter steigenden Lebenshaltungskosten muss die Herstellung von Lebensmitteln in der Europäischen Union konsequent sichergestellt werden, weshalb vorhandenes Potenzial der in Produktion befindlichen landwirtschaftlichen Flächen möglichst vollständig genutzt werden sollte.

Durch die Aussetzung der Stilllegung von 4 Prozent der Flächen im Jahr 2023 wurden etwa 3 Millionen Hektar Ackerland in der EU nicht brach gelegt (Quelle: [https://www.agrarheute.com/politik/bruessel-plant-pause-fuer-stilllegung-fruchtwechsel-595819#:~:text=Laut%20dem%20GL%C3%96Z%2D8%2DStandard,aus%20der%20Bewirtschaftung%20zu%20nehmen](https://www.agrarheute.com/politik/bruessel-plant-pause-fuer-stilllegung-fruchtwechsel-595819#:~:text=Laut%20dem%20GL%C3%96Z%2D8%2DStandard,aus%20der%20Bewirtschaftung%20zu%20nehmen,), aufgerufen am 28.02.23) und schätzungsweise zwischen 600.000 und 1 Million Tonnen Getreide können allein in Deutschland zusätzlich produziert werden (<https://www.bayerischerbauernverband.de/themen/politik-foerderung/endlich-klarheit-bei-fruchtwechsel-und-stillegungsregelungen-25344>, aufgerufen am 28.02.23). Dieses Potenzial an wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugung sollte vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs und der damit einhergehenden Zeitenwende genutzt werden. Die Welternährung und Ernährungssouveränität Deutschlands werden durch Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine weiterhin deutlich negativ beeinflusst.